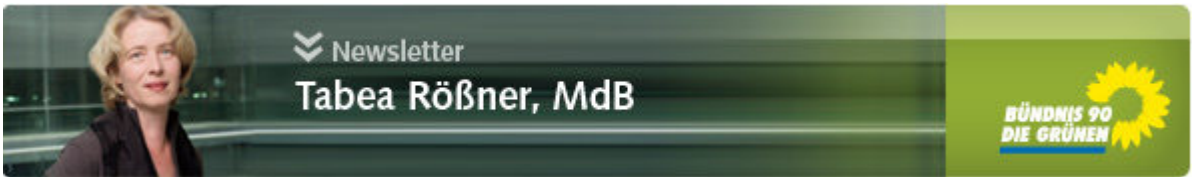

Liebe Leserinnen und Leser,

der schwarz-gelben Koalition bleiben noch drei Sitzungswochen bis zum Ende der 17. Legislaturperiode, um die Bundespolitik zu gestalten. Gestalten? Diesem gesellschaftlichen Anspruch an die Politik wird die Bundesregierung nicht gerecht. Wichtige Entscheidungen legt sie während dieser Restlaufzeit aufs Eis: Mit der Blockade einer Neuausrichtung des Emissionshandels und der Finanzaufsicht müssen in ganz Europa dringend nötige Reformen warten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN tragen mit ihren mutigen Reformvorschlägen wichtige Beiträge zur gesellschaftlichen Debatte bei. Die grüne Fraktion hat zwei Anträge in den Bundestag zur Gestaltung des demografischen Wandels eingebracht. Damit bieten wir eine Alternative zu Merkels Demografiegipfel der Tatenlosigkeit, der diesen Dienstag stattfand. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, brauchen wir Reformen auf dem Arbeitsmarkt, der Einwanderung, Bildung und Gleichstellung. Auch bei meinem anderen politischen Schwerpunkt, der Medienpolitik, gibt es dringenden Handlungsbedarf.

Mehr dazu hier in diesem Newsletter. Viel Spaß beim Lesen und bei Ihren und Euren Unternehmungen an diesem Pfingstwochenende, bei dem uns das Wetter alles bietet!

Herzliche Grüße

Übersicht

Hauptstadtreport

- NPD-Verbot: Pressemitteilung und Persönliche Erklärung
- Besuch des Bauhaus-Archivs mit Renate Künast
- NSU-Prozess: Lösung für ausländische Medien
- Persönliche Erklärung zur Zypern-Abstimmung
- Bundesregierung erschwert Energiewende vor Ort

Medien aktuell

- Fraktionsbeschluss vom 16. Mai 2013 zur Prävention und Behandlung von Medienabhängigkeit
- Neuer Staatsvertrag trägt grüne Handschrift
- Drosselkom: Mehr Transparenz statt weniger Volumen
- Rede zum Abschluss der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Schutz der Pressefreiheit auch in Deutschland weiter nötig
- Urheberrecht im digitalen Zeitalter
- Netzneutralität - gegen das Zweiklassen-Internet
- Aufsichtsgremien im öffentlich-rechtlichen Rundfunk modernisieren
- dapd-Ende als Verlust für die deutsche Medienlandschaft
- Schnelle Internetanschlüsse: Werbung und Wirklichkeit gehen weit auseinander

- Merkels Google-Hangout: Medienregulierung muss neue Wege gehen
- Cyber-Mobbing

Demografie-Report

- Antrag der grünen Bundestagsfraktion zu ländlichen Räumen
- Antrag der grünen Bundestagsfraktion zu einem Nationalen Aktionsplan
- Bericht zum zweiten Demografiegipfel der Bundesregierung: Gipfel der Tatenlosigkeit.

Schwerpunkt in Rheinland-Pfalz: Verkehrslärm

- Stille erfahren
- GRÜNE setzen klares Signal für mehr Lärmschutz
- Öffentlich laut werden, um Ruhe durchzusetzen
- Tabea lädt ver.di-Chef Bsirske zum Gespräch über Fluglärmschutz ein
- Mitgliedschaft im Beirat „Leiseres Mittelrheintal“
- Bundesverkehrsministerium bremst europaweiten Schutz vor Fluglärm aus

Vor Ort: Rheinland-Pfalz

- Ignoranz gegenüber Mainzer Interessen
- Brunnen in der Mainzer Neustadt sprudelt wieder!
- Vier + zwei = sechs
- Veranstaltungen „Gut Leben im Alter“ in Neustadt und Waldalgesheim
- Grünes Leitbild für eine gerechte Gesellschaft
- GRÜNE suchen Lösungen für sicheren Verkehr im oberen Westerwald
- Kohlekraftwerk: Die richtige Entscheidung

Öffentliche Termine in Rheinland-Pfalz

- Open Ohr in Mainz
- Breitbandtour Mai 2013
- Veranstaltung Erneuerbare Energien
- Veranstaltung zur NSU
- Die vernetzte Schule – Regionale Bildungslandschaften als Zukunftsaufgabe der Stadt

Das Letzte

- Wie ich beinahe Wetterfee wurde

Hauptstadtreport

NPD-Verbot: Pressemitteilung und Persönliche Erklärung. Die NPD ist auf die Abschaffung der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung ausgerichtet. Wir bekämpfen diese Partei mit allen uns zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln. Ein Parteiverbotsverfahren gemäß Artikel 21 Absatz 2 GG ist jedoch nur dann sinnvoll, wenn wir sicher sein können, dass einem Verbotsantrag stattgegeben wird. Andernfalls würde die NPD juristisch und gesellschaftlich gestärkt. Angesichts dieser Unsicherheit konnten wir keinen neuen Antrag auf ein Verbot der NPD unterstützen, da das Risiko eines Scheiterns zu groß ist. http://bit.ly/1044Fim http://bit.ly/17YNHIk

Besuch des Bauhaus-Archivs mit Renate Künast. Das Bauhaus-Archiv bereitet sich auf das 100-jährige Jubiläum vor und möchte 2019 einen Erweiterungsbau beziehen. Dafür müssten jetzt die Zusagen für die Finanzierung von Bund und Senat kommen, aber die Unterstützung für die Pläne ist bisher mau. Es ist unverantwortlich, dass Berlin Hunderte von Millionen in schlecht geplanten, überdimensionierten Projekten versenkt und dabei das kulturelle Erbe vergisst. http://bit.ly/18koFk7

NSU-Prozess: Lösung für ausländische Medien. Das OLG München wollte den sichersten Weg gehen und hat sich dabei gehörig in die Nesseln gesetzt. Die Interessen der türkischen und griechischen Öffentlichkeit waren nicht angemessen berücksichtigt. http://bit.ly/13z72xE

Persönliche Erklärung zur Zypern-Abstimmung. Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Maßnahmenpakets sind hart. Die EU muss der zyprischen Bevölkerung nun jedwede Unterstützung zukommen lassen, damit das Land schnellstmöglich wieder auf wirtschaftlich gesunde Beine kommt. Zypern muss sich auf die europäische Solidarität verlassen können. Investitionen in nachhaltiges Wachstum wie Solarenergie, Tourismus und Landwirtschaft müssen unterstützt, die sozialen Auswirkungen der Krise abgefedert und bizonale Projekte gefördert werden. http://bit.ly/14vMRzB

Bundesregierung erschwert Energiewende vor Ort. Schwarz-Gelb setzt weiter auf alte Konzepte und verschenkt Zeit. Vor diesem Hintergrund können Stadtwerke kaum planen, unter welchen ökonomischen Rahmenbedingungen sie ihre Kapazitätsplanung entwerfen. Ich setze auf eine neue Bundesregierung mit grüner Beteiligung im Herbst, die auch für unsere kommunalen Energieversorger ein Segen wäre. http://bit.ly/11HmSZt

Medien aktuell

Fraktionsbeschluss vom 16. Mai 2013 zur Prävention und Behandlung von Medienabhängigkeit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich als erste Bundestagsfraktion dem Thema Medienabhängigkeit vor 6 Jahren gewidmet. Inzwischen ist Medienabhängigkeit vom Nischenthema zu einem breit in der Öffentlichkeit diskutierten Phänomen geworden. Unsere Vorschläge, Medienabhängigkeit entgegenzuwirken, haben wir in einem neuen Fraktionsbeschluss beschrieben. http://bit.ly/11GM7em

Neuer Staatsvertrag trägt grüne Handschrift. Mit dem neuen Staatsvertrag ist der Südwestrundfunk gut aufgestellt und gewährleistet mehr Staatsferne und Transparenz. Nun muss noch die Mitbestimmung der freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geregelt werden. http://bit.ly/19pgyDq

Drosselkom: Mehr Transparenz statt weniger Volumen. Ein Mehr an Transparenz bei den Anbietern wäre begrüßenswert. Ein weniger an Datenübertragung hingegen ist es nicht. Auch die Bundesnetzagentur hat bei der Telekom mehr Transparenz für die Endkunden der Telekom eingefordert, was wir begrüßen. http://bit.ly/12dLOCI http://bit.ly/10410AW

Rede zum Abschluss der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“. Eines zeigt die Debatte deutlich: Die Enquete war eine Art Inkubator. Wir haben das Rad zwar nicht neu erfunden, aber die Thematik stärker ins Bewusstsein gerückt und Anstöße gegeben. Es gab im Vorfeld große Erwartungen an die Enquete vor allem aus der Netzgemeinde. Manche Enttäuschung kann ich verstehe, denn wir diskutierten auf breiter Ebene und hohem Niveau, dennoch kommen parallel Gesetz wie das missglückte Leistungsschutzrecht durch den Bundestag. http://bit.ly/10ULHzp

Schutz der Pressefreiheit auch in Deutschland weiter nötig. Zwar belegt Deutschland in Sachen Pressefreiheit laut des Rankings von Reporter ohne Grenzen 2012 mit Platz 17 das europäische Mittelfeld, fiel jedoch in puncto freier Berichterstattung erstmals seit fünf Jahren um einen Platz

zurück. Vor allem die skandinavischen Länder, aber auch Luxemburg, Irland und Tschechien, sind uns einiges voraus. Die Gefahr lauert vor allem in der abnehmenden Pressevielfalt. http://bit.ly/18u97KB

Urheberrecht im digitalen Zeitalter. Nie zuvor war es einfacher, Informationen, Musik, Filme, Bücher zu konsumieren und zu teilen. Das ist gut und wichtig für unsere Gesellschaft, denn immer mehr Menschen können damit am kulturellen und politischen Leben teilnehmen oder sich selbst vielen anderen mitteilen. Gleichzeitig war es aber auch nie dringender, den Medienschaffenden, KünstlerInnen und Kreativen für ihre Leistung eine angemessene Vergütung zu gewährleisten. http://bit.ly/13oO1uq

Netzneutralität - gegen das Zweiklassen-Internet. In mehreren Initiativen haben wir die Merkel-Koalition aufgefordert, das Prinzip der Netzneutralität endlich gesetzlich zu sichern. Unsere Warnungen hat die schwarz-gelbe Koalition jedoch stets ignoriert. Die Bundesregierung ist mit ihrem Laissez-faire-Ansatz krachend gescheitert. Trotz vollmundiger Versprechungen haben CDU/CSU und FDP zugesehen, wie das Kind in den Brunnen gefallen ist. http://bit.ly/17WrwQc

Aufsichtsgremien im öffentlich-rechtlichen Rundfunk modernisieren. Die Aufsicht über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk muss zukünftig staatsferner, transparenter, jünger und weiblicher ausfallen. Das ist die Quintessenz der Otto Brenner-Studie, die wir voll und ganz unterstützen. http://bit.ly/123xwWx

dapd-Ende als Verlust für die deutsche Medienlandschaft. Es ist ein Verlust für die Medienvielfalt und auch ein Verlust für den Wettbewerb. Auch wenn Deutschland ein sehr umkämpfter Markt für Nachrichtenagenturen ist, förderte es die Vielfalt, neben dem Platzhirsch eine zweite große Agentur zu haben. http://bit.ly/18NxYfx

Schnelle Internetanschlüsse. Werbung und Wirklichkeit gehen weit auseinander. Die Studie zeigt eindeutig, dass Anspruch und Wirklichkeit beim Breitbandausbau in Deutschland weit auseinanderklaffen. Vielerorts müssen die VerbraucherInnen nur mit einem Bruchteil der Geschwindigkeit surfen, die ihnen eigentlich von den Anbietern versprochen wurden. Wir brauchen keine Fantasiezahlen der Provider, sondern mehr Transparenz, wie hoch die Mindestbandbreite vor Ort tatsächlich ist. http://bit.ly/13oPbGi

Merkels Google-Hangout. Medienregulierung muss neue Wege gehen. Die rechtliche Einordnung des digitalen Talks in das Regime des Rundfunkstaatsvertrages (Rundfunkähnlichkeit, Plattformregulierung) wirft einige Unsicherheiten auf: Handelt es sich dabei um ein zulassungspflichtiges Angebot? Wie steht es mit der Vielfaltssicherung, dem chancengleichen Zugang, der Sendezeitenregulierung für politische Parteien? Ist das Vorhaben der Regierung noch als zulässige Öffentlichkeitsarbeit zu werten? http://bit.ly/10ZMQ2C

Cyber-Mobbing. Cyber-Mobbing wie im aktuellen Fall ist nach deutschem Gesetz rechtswidrig und kann und muss mit allen Mitteln unterbunden werden. Zu einem effektiven Schutz gehört, dass rechtsverletzende Veröffentlichungen umgehend aus dem Netz entfernt werden. Deshalb muss Facebook seine Verantwortung wahrnehmen und umgehend reagieren. http://bit.ly/11vX673

Demografiereport

Antrag der grünen Bundestagsfraktion zu ländlichen Räumen. Der demografische Wandel zwingt vor allem in den ländlichen Räumen zum Handeln. Daher haben wir in der Bundestagsfraktion den Antrag "Ländliche Räume als Lebensräume bewahren und zukunftsfähig gestalten" erarbeitet. http://bit.ly/12xGpYX

Antrag der grünen Bundestagsfraktion zu einem Nationalen Aktionsplan. Was ein solcher Aktionsplan beinhalten muss, zeigt die Bundestagsfraktion beispielhaft in einem Bereich, der eines der drängendsten Probleme des demografischen Wandels betrifft: Bereits heute gibt es einen Fachkräftemangel in den Pflege- und Erziehungsberufen sowie in den technischen Berufen, und dieser wird sich aufgrund des erheblichen Rückgangs der Zahl der (sozialversicherungspflichtigen) Erwerbspersonen noch weiter verschärfen. http://bit.ly/14snTRN

Bericht zum zweiten Demografiegipfel der Bundesregierung: Gipfel der Tatenlosigkeit. Der Demografiegipfel der Bundesregierung hat alle Erwartungen bestätigt: Diese Regierung hat das Handeln eingestellt, Angela Merkel setzt auf Beruhigungspillen in Form leerer Worthülsen. Sie begnügt sich mit der Bekanntmachung von bereits Bestehendem und Appellen an die Wirtschaft. http://bit.ly/17vbYqJ Meine Kommentierung des Gipfels: http://bit.ly/10tXoeF

Flug-, Bahn- und Straßenlärm

Stille erfahren. Auf dem Hamburger Kirchentag nahm ich an zwei Gesprächsrunden beim Fluglärmstand teil. Die Lärmbox zeigte eindrücklich, dass wir auf Zeiten und Räume der Stille für unser Wohlbefinden und unsere Gesundheit angewiesen sind. http://bit.ly/17z9Jmi http://bit.ly/12dBlah

GRÜNE setzen klares Signal für mehr Lärmschutz. Die von uns GRÜNEN aus Hessen und Rheinland-Pfalz eingereichten Änderungsanträge zum Bundesparteitag http://bit.ly/106TLM9 sind vollumfänglich ins Wahlprogramm aufgenommen worden. Damit setzen die GRÜNEN ein deutliches Zeichen für mehr Lärmschutz und zeigen, dass sie das Bedürfnis der von Lärm betroffenen Menschen ernst nehmen. http://bit.ly/11OLrP9

Öffentlich laut werden, um Ruhe durchzusetzen. Ein leiser und leistungsfähiger Güterverkehr. Tempo 30 mit kaum hörbaren Elektroautos in Städten. Weniger Flüge – und die nur tagsüber. Dies ist meine Vision für einen menschen- und umweltverträglichen Verkehr. Diese Vision benötigt ein Umdenken in Politik und Gesellschaft und konkrete Maßnahmen von der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Politik im Hier und Jetzt. Meine Erklärung zum Tag gegen Lärm am 24. April 2013: http://bit.ly/11AlN0s

Einladung an ver.di-Chef Bsirske zum Gespräch über Fluglärmschutz. Am 11. April 2013 haben sich Unternehmen und Gewerkschaften der Luftverkehrsbranche in einer gemeinsamen Erklärung für die Abschaffung der Luftverkehrssteuer und gegen eine Ausweitung von Betriebsbeschränkungen aus Lärmschutzgründen ausgesprochen. Diese vom ver.di-Chef Frank Bsirske öffentlich vertretene Erklärung hat in der Rhein-Main-Region bei Fluglärmbetroffenen für heftige Kritik gesorgt. http://bit.ly/12Qzdu0 Daher habe ich Bsirske zum Gespräch in die Region eingeladen. http://bit.ly/11t7H1L

Mitgliedschaft im Beirat „Leiseres Mittelrheintal“. Im Beirat „Leiseres Mittelrheintal“ beraten Vertreterinnen und Vertreter der Deutschen Bahn, der Politik, Ministerien und der Bürgerinitiativen gemeinsam Maßnahmen für einen wirksamen Schutz vor Bahnlärm im Mittelrheintal. Auf Initiative von Bahnlärm-Bürgerinitiativen hat sich der Beirat im Dezember 2012 gegründet, um den Lärmschutz voranzubringen. Auf Antrag bin ich jetzt auch dabei. http://bit.ly/14xY3iv

Bundesverkehrsministerium bremst europaweiten Schutz vor Fluglärm aus. Die Bundesregierung ist mit den Grundsätzen des EU-Verordnungsentwurfs zufrieden, so lange ihre Rechte nicht beschnitten werden. Für uns GRÜNE ist jedoch ein hoher Schutzstandard für die Bürgerinnen und Bürger

entscheidend, nicht die Frage, ob er mit einer Verordnung oder einer Richtlinie durchgesetzt wird. http://bit.ly/10K4fAh

Vor Ort in Rheinland-Pfalz

Ignoranz gegenüber Mainzer Interessen. Die Bundesregierung ignoriert die Interessen der Stadt, indem sie die Weiternutzung von innerstädtischen Bundeswehrliegenschaften erschwert. http://bit.ly/16kkOb1

Brunnen in der Mainzer Neustadt sprudelt wieder! Auf dem Kinderfest auf dem Frauenlobplatz kam eine ordentliche Spende zusammen, die wir an die zuständige Dezernentin für Umwelt, Grün, Energie und Verkehr, Katrin Eder, für den diesjährigen Betrieb der Brunnenanlage in der Mainzer Neustadt überreichen konnten. http://bit.ly/11xM6cJ

Vier + zwei = sechs. Die geplante Ausbauvariante der A643 hat zu den Stoßzeiten im Berufsverkehr dieselbe Kapazität wie ein sechsspuriger Vollausbau. Die wahren Stauverursacher sind jedoch das Schiersteiner Kreuz sowie die Unfallschwerpunkte an den Ausfahrten Mombach und Schierstein. Hier sind Nachbesserungen dringend geboten. http://bit.ly/18XfqGX

Veranstaltungen „Gut Leben im Alter" in Neustadt und Waldalgesheim. Auf Einladung des Ortsverbands Bingen und Rhein-Nahe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellte ich Mut machende, nachahmenswerte Projekte vor, wie wir gut im Alter leben können: Soziale Genossenschaften, Wohnprojekte, virtuelle Wohngemeinschaften oder einfach hilfreiche Wohnraumanpassungen für die eigene Wohnung. Die Zivilgesellschaft ist unersetzlich, um den demografischen Wandel positiv zu gestalten. Die Generationen müssen näher zusammenrücken, und alte Menschen möchten sich mit ihren Fähigkeiten einbringen. http://bit.ly/10Y1hM1 und http://bit.ly/11SB4Lt

Grünes Leitbild für eine gerechte Gesellschaft. Mit dem Landesvorstand und anderen grünen Aktiven habe ich den Leitantrag „Armut verhindern – Teilhabe ermöglichen" auf dem Landesparteitag in Bingen eingebracht. Wir GRÜNE setzen an der Wurzel der Armut an, damit sich die ungerechte Verteilung der Chancen nicht verfestigt. http://bit.ly/13Lhrss

GRÜNE suchen Lösungen für sicheren Verkehr im oberen Westerwald. In den Verbandsgemeinden des oberen Westerwalds gibt es überdurchschnittlich häufig schwere Verkehrsunfälle. Über dringende Maßnahmen, die für die Erhöhung der Verkehrssicherheit auf den Landstraßen der Region nötig sind, informierte sich eine Gruppe von grünen PolitikerInnen auf Initiative der Direktkandidatin Andrea Weber für den Wahlkreis 205. http://bit.ly/19ygYrg

Kohlekraftwerk. Die richtige Entscheidung. Die erschreckenden Ergebnisse der Studie von Greenpeace zu den gesundheitlichen Schäden durch Kohlekraftwerke zeigen, wie wichtig der Kampf der MainzerInnen gegen das Kohlekraftwerksprojekt auf der Ingelheimer Aue war. Es war ein zähes, jahrelanges Ringen von Nöten, letztendlich wurde hier die richtige Entscheidung getroffen. http://bit.ly/10AYtO5

Öffentliche Termine in Rheinland-Pfalz

Open Ohr in Mainz: Am Pfingstwochenende steigt wieder das große Open-Air-Fest in Mainz. Am Sonntag bin ich um 14.00 Uhr bei einer Podiumsdiskussion zum Thema „Selbstbestimmung im Alter". Bei dem Festival-Programm ist für jede und jeden etwas dabei. Es lohnt sich! Das Motto ist dieses Jahr „So jung kommen wir nicht mehr zusammen." www.openohr.de

Breitbandtour Mai 2013: Die Breitbandtour von Pia Schellhammer, Sprecherin der grünen Landtagsfraktion von Rheinland-Pfalz für Netzpolitik, und mir geht weiter. Kommunalpolitisch Verantwortliche und interessierte Bürgerinnen und Bürger sind am 24. Mai 2013, 19.00 Uhr, zu einer Informationsveranstaltung nach Bernkastel-Kues, Akademie Kues, Stiftweg 1 eingeladen. Am 28. Mai 2013 machen wir beide Station in Vettelschoß im Kreis Neuwied, in der Weinstube im Dorfmuseum, auch um 19.00 Uhr. http://bit.ly/11At59j

Podiumsdiskussion „Energiewende". Am 19. Juni um 19.00 Uhr in der Landesgeschäftsstelle diskutieren der Staatssekretär Dr. Thomas Griese, ein Vertreter der Urstrom BürgerEnergieGenossenschaft, die Umweltdezernentin von Mainz Katrin Eder und ich gemeinsam mit dem Publikum Umsetzungsmöglichkeiten der Energiewende.

„Einfach Pech gehabt?" NSU: Zwischen behördlichem Versagen und rechter Verherrlichung. „Man hat oftmals auch einfach Pech", sagte Hans-Georg Maaßen, Chef der Bundesamtes für Verfassungsschutz. Pech recht jedoch bei weitem nicht aus, um das Versagen mehrerer Behörden bei den Morden der NSU zu erklären. Bei einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung in Kaiserslautern am 20. Juni um 19.30 h im Pfarrsaal von St Martin werde ich über die Ergebnisse des NSU-Untersuchungsausschusses berichten. Wichtig erscheint vor allem zu analysieren, welche strukturellen Fehler in der Verfolgung rassistischer, gewalttätiger, rechtsextremer Organisationen existieren und wie sie in Zukunft zu vermeiden sind.

Die vernetzte Schule – Regionale Bildungslandschaften als Zukunftsaufgabe der Stadt. Bei meiner Veranstaltungsreihe „Tabea trifft" am 7. Juni, 18.00 Uhr, im Gemeindesaal St. Bonifazius in Mainz werden wir das Konzept der „Regionalen Bildungslandschaften" beleuchten. Eine bessere Vernetzung von Schulen und außerschulischen Einrichtungen soll gerade auch für benachteiligte Kinder und Jugendliche neue Bildungschancen eröffnen. Eindrücke aus der Stadt Gelsenkirchen, die damit gute Erfahrungen gemacht hat, gibt uns der Verwaltungsvorstand Dr. Manfred Beck.

Das Letzte

Ich kriege ja immer viel Post, auch auf elektronischem Wege. Manches ist hilfreich, manches weniger. Und manche Mails sind etwas skurril. Deshalb zum Abschluss kurz ein Schmanckerl aus der Inbox, oder: Wie ich beinahe die WDR Wetterfee wurde. http://bit.ly/16oPo3l

Sie erhalten diesen Newsletter, da Sie sich hierfür auf www.tabea-roessner.de angemeldet haben. Der Empfang dieses Newsletters ist kostenlos. Sie können sich unter http://www.tabea-roessner.de/newsletter.html jederzeit vom Newsletter abmelden.

Impressum: Tabea Rößner, MdB
Medienpolitische Sprecherin
Demografiepolitische Sprecherin
Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Unter den Linden 50
10117 Berlin
Tel: 030 227 71697
Fax: 030 227 76296
tabea.roessner@bundestag.de
www.tabea-roessner.de